

Die Medienpolitik der lateinamerikanischen Linksregierungen

Malte Daniljuk

Die jungen linken und linksliberalen Regierungen in Lateinamerika werden in der medialen Darstellung häufig in die Nähe autoritärer Herrschaftsformen gerückt. (Daniljuk 2012) Bisher liegen kaum Bilanzen zu fachpolitischen Ergebnissen ihrer Regierungspolitik vor, auch wenn sich alle Beobachter darin einig sind, dass schon allein die Tatsache, dass Regierungswechsel gegen die Interessen der traditionellen Eliten stattfanden, eine historische Zäsur darstellt. Mit diesem Beitrag versuche ich nachzuvollziehen, wie sich diese zweite Transformation nach der Ära der Militärdiktaturen hinsichtlich des Mediensektors entwickelt. Ihr erster Schritt, der Übergang zu parlamentarischen Demokratien, die wirtschaftspolitisch stark vom Neoliberalismus geprägt waren, wird in der Literatur allgemein als Phase der „Transition“ bezeichnet. (u.a. Werz 1995) Diese Phase lässt sich allgemein durch ihre übergreifende Tendenz zur privaten Aneignung vormals öffentlicher Infrastrukturen kennzeichnen.

Insbesondere den technischen und wirtschaftlichen Grundlagen von Massenmedien als Mittler von Öffentlichkeit kommt dabei für demokratietheoretische Fragen eine besondere Bedeutung zu. Eine Darstellung der veränderten Medienpolitiken soll hier aber stellvertretend für eine Auseinandersetzung um die Privatisierung von öffentlichen Gütern im Rahmen der „Globalisierung“ erfolgen. An den lateinamerikanischen Gegentendenzen macht etwa Silvio Waisbord (2013) den mythologischen Charakter der Erzählung von der Globalisierung fest: „While they tell us that theories about globalization are insufficient to account for significant developments in media systems, they do not advance equally comprehensive, universalist explanations.“

Besonderheiten von Mediensystemen in Lateinamerika

Bereits in der Gründungsphase moderner audio-visueller Medien zeigen sich in Lateinamerika widersprüchliche Entwicklungen. Anders als in zahlreichen Klassifikationen vorgenommen, die Lateinamerika unter das privatwirtschaftlich dominierte Mediensystem der USA summieren, bestanden seit den Anfängen starke Traditionen eines öffentlichen bzw. staatlichen Rundfunks. Während der Phase der nationalstaatlichen Entwicklung nach dem Ende des 2. Weltkriegs wurde diese Tendenz sogar bestimmend. Sämtliche Länder des Subkontinents schufen staatliche Rundfunkangebote, Institutionen zur Medienaufsicht und entsprechende Gesetzeswerke. (Graziano, Mastrini et al. 2001) Erst mit den Militärdiktaturen der 1970er und den wirtschaftlichen Krisen der 1980er Jahre setzte sich auf dem gesamten Kontinent ein Modell hochgradig konzentrierter Medienunternehmen durch. Zwischen Autoritarismus des Staates und privatwirtschaftlicher Organisation des Mediensystems existierte dabei kein Gegensatz. „Aufgrund einer Interpenetration der politischen und ökonomischen Eliten besteht eine Konvergenz der Interessen zwischen ihnen, was zu einer umfassenden Interdependenz zwischen staatlicher Macht und privatem Kapital führt.“ (Hepp 2004:214, Hallin 2000)

Wenn Hallin und Papathanassopoulos (2002) Ähnlichkeiten zwischen „mediterranen“ bzw. „polarisiert-pluralistischen Mediensystemen“ und einem lateinamerikanischen Medientyp sehen, lässt dies wesentliche Merkmale lateinamerikanischer Mediensysteme unberücksichtigt. Ein zentrales Merkmal stellt der Leitsatz von Annette Massmann (2008): „Prozesse von Exklusion im Medienbereich entlang ökonomischer Faktoren sind im besonderen Maße konstitutiv für die Strukturierung der lateinamerikanischen Mediensysteme.“ Sie bezieht sich auf ein starkes Zentrum-Peripherie-Gefälle, das sich sowohl im Verhältnis zum globalen Norden, als auch zwischen Zentren und Stadträndern sowie zwischen urbanen und ruralen Räumen feststellen lässt – und natürlich soziale Hierarchien abbildet, die in Lateinamerika immer auch ethnisch, d.h. rassistisch markiert sind. Genau diesen Typ von Mediensystem, der für große Defizite im Hinblick auf Partizipation und Informationsbreite steht, bezeichnet sie als „historisch konstitutiv“. Mit der Schwierigkeit, diese Prozesse zu definieren, verweist sie auf eine „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“.

Diesen hybriden Aspekt thematisieren auch Jesus Martín Barbero (1993) und Néstor García Canclini (1999), die vor allem dem Umstand Rechnung tragen, dass in einigen lateinamerikanischen Ländern – Mexiko, Venezuela und Brasilien – eigene Zentren transnationaler Medienproduktion entstanden. „A significant process in the 1980s and 1990s was that [...] Latin American countries such as Venezuela, became exporters of considerable amounts of programming to other countries, not just within the Hispanic geocultural market.“ (Hesmondhalgh 2007: 222) Die dort produzierten Inhalte sind jedoch nur Ausdrucksform einer bestimmten urbanen Lebensweise. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten Lateinamerikas, so Barbero, hätten niemals ein Interesse gehabt, einen eigenen Modernisierungsweg für die gesamte Gesellschaft zu entwickeln. Stattdessen habe eine Form der „Modernität“ zur Durchsetzung partikularer wirtschaftlicher Interessen gedient. Ähnlich argumentiert Canclini: Die lateinamerikanischen Eliten inszenieren ihre medialen Projektionen nach dem Ebenbild der großen europäischen und amerikanischen Städte, während der Rest der Bevölkerung – *el pueblo* – mit seinen Traditionen am Rande der Modernisierungsprozesse überlebt. Demzufolge bleibt die soziokulturelle Heterogenität ein zentrales Merkmal der lateinamerikanischen Medienlandschaften.

Abstrahiert von konkreten wirtschaftlichen und politischen Interessen ließe sich daraus ein romantisches Panorama lateinamerikanischer Multikulturalität entwerfen. Tatsächlich verbindet sich mit der fehlenden medialen Repräsentation großer Teile der Bevölkerung der Ausschluss aus formal demokratischen Entscheidungsprozessen und damit die ganz konkrete Benachteiligung bei gesellschaftlichen Verteilungsfragen. In Fällen gesellschaftlicher Konfrontation folgen die großen Medienunternehmen einer übergeordneten, quasi transnationalen Klassenorientierung, die darauf ausgerichtet ist, politische Veränderungen im Sinne einer sozialen und demokratischen Transformation jenseits des Neoliberalismus grundsätzlich zu verhindern.

Die zweite Transformation

Die 1980er und 1990er Jahre waren bestimmt von regelmäßigen, beinahe jährlich auftretenden Banken- und Finanzkrisen (Boeckh et al. 2005) sowie massiven Verelendungstendenzen auf dem gesamten Subkontinent. Gleichzeitig weist die Region lebendige Oppositions- und Widerstandstraditionen auf, die immer auch mit einer ausgeprägten kommunikativen Praxis verbunden waren. Mit der Phase der Transition etablierte sich eine lebendige Szene von freien bzw. Piratenradios, so dass etwa der weltweite Verband

freier Radios, die Association Mondiale des Radiodiffuseurs Communautaires (AMARC), seine mitgliederstärksten und politisch aktivsten Sektionen in Lateinamerika hat.

Ein wesentliches Element der verschiedenen sozialen Bewegungen bestand unter der Parole „hacer visible lo invisible“ (das Unsichtbare Sichtbar machen) in der Forderung nach symbolischer Anerkennung und Repräsentation. (Bolívar 1996: 74) Mit der Wahl linker und linksliberaler Regierungen stand die Medienpolitik aus zwei Gründen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Zum einen griffen wichtige Medienunternehmen die politischen Projekte der neuen Regierungen aggressiv an. Zweitens zeichnete sich ab, dass die neuen linken Regierungen mit ihrer Wirtschaftspolitik insgesamt eine gestärkte Rolle gegenüber der Privatwirtschaft einnehmen werden. In Hinsicht auf die Medienpolitik äußerte sich dies zunächst in neuen Gesetzesvorhaben zu Regulierung des Rundfunksektors. Damit einher ging in den meisten Fällen eine Stärkung des staatlichen bzw. öffentlichen Mediensektors.

Im Rückblick auf die vergangenen 15 Jahre zeigt sich dabei eine deutliche Süd-Nord-Trennung. Während die neue Medienpolitik in den nördlichen Anden – Venezuela, Bolivien und Ecuador – deutlich schneller und umfassender ablief, kamen die Maßnahmen in Argentinien, Brasilien und Uruguay über neue Gesetzesinitiativen kaum hinaus. In Brasilien – dem Land mit der stärksten Konzentration im Mediensektor – verblieb es gar bei deren Ankündigung. Da die lateinamerikanische Linkswende in Venezuela begann und das Land aufgrund seiner Erdöl-Ökonomie über erhebliche volkswirtschaftliche Spielräume verfügt, erscheint es in vielerlei Hinsicht als Motor der zweiten Transformation.

Das Grundrecht auf Kommunikation

Als 1999 die neue Verfassung des Landes diskutiert wurde, spielten Diskussionen um Modelle öffentlicher Medien bereits eine wichtige Rolle. Unter anderem wurde in der neuen Verfassung ein erweiterter Begriff von Meinungsfreiheit eingeführt. Nach Artikel 57 wird den Bürgern das Recht zugesprochen, von jedwedem Medium Gebrauch zu machen, um das Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben. Meinungsfreiheit wird um das Grundrecht erweitert, Zugang zu medialen Verbreitungskanälen zu bekommen. Damit benennt die Verfassung, und dabei handelt es sich um eine wesentliches lateinamerikanisches Spezifikum, ein „Recht auf Kommunikation“. (Constitución 1999)

Diesem Modell von Grundrechten folgten auch die anderen Staaten, in denen sich eine radikalere Transformation durchsetzte. Die Verfassung Ecuadors von 2008 benennt das „Recht auf Kommunikation“ als einen universellen Zugang zu Kommunikationstechnologien (Art. 16). Zudem wird hier bereits ein Ansatz zur praktischen Umsetzung festgelegt, nämlich das Recht zur Gründung sozialer Kommunikationsmedien und zur Nutzung von Frequenzen für Radio und Fernsehen „zu gleichen Bedingungen“ für staatliche, private und kommunale Akteure. (Art. 16, Abs. 3). Der Staat garantiert die Möglichkeit der Nutzung von Medien, speziell denjenigen, die bis jetzt keinen Zugang dazu hatten (Art. 17). Zudem werden Monopole und Oligopole in Art. 17, Abs. 3 explizit verboten. (vgl. Bruchmann 2012) In Bolivien enthält der erste Absatz Kapitel 7 der Plurinationalen Verfassung von 2009 den einleitenden Passus: „Der Staat gewährleistet das Recht auf Kommunikation und das Recht auf Information.“ (Artikel 106) (Constitución 2009)

Schließlich finden sich Formen dieses weitergehenden Verständnisses von Meinungsfreiheit in den neuen Mediengesetzen von Argentinien (2009) und Uruguay (2014). Die den Gesetzen zugrundeliegende Idee ist die Neubestimmung von „Medien als menschliches Grundrecht“. (Schulten 2012)

Mediengesetzgebung

Ein Vergleich dieser fünf Fälle illustriert gleichzeitig die Bedeutung von verfassungsgebenden Prozessen für die wirtschaftliche und politische Transformation. Während in Bolivien, Ecuador und Venezuela im Anschluss an die neuen Verfassungen, die in allen Fällen in nationalen Volksabstimmungen angenommen wurden, an neuen Gesetzestexten mit Verfassungsrang gearbeitet wurde, blockieren Opposition und Medienunternehmen in Argentinien und Uruguay die Umsetzung der einfachen Gesetze mithilfe von Verfassungsklagen, wobei sie sich zumindest in Argentinien auf einen Obersten Gerichtshof verlassen konnten, der historisch deutlich von den alten politischen und wirtschaftlichen Eliten geprägt ist.

Das venezolanische Parlament verabschiedete 2000, 2002 und 2005 neue Regelwerke für den Medienbetrieb. Die ersten verfassungsrechtlichen Vorgaben wurden im *Ley Orgánica de Telecomunicaciones* umgesetzt. Es definierte das Recht auf die Gründung von eigenen Nachbarschaftsmedien: „In ihrer Eigenschaft als Nutzer eines Dienstes der Telekommunikation hat jede Person das Recht [...] individuell oder kollektiv ihr Recht auf Kommunikation frei und plural auszuüben, indem sie angemessene Bedingungen nutzt, um offene kommunitäre Rundfunkmedien ohne wirtschaftliche Ziele in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung zu gründen.“ (Art. 12.3) Voraussetzung für die Zulassung eines solchen Mediums ist die Gründung eines eingetragenen Vereins auf der Basis einer nachbarschaftlichen Vollversammlung. Ausgeschlossen von der Leitung sind Beamte und aktive Militärs, aktive Mitglieder politischer Parteien und Mitarbeiter anderer – also privater oder staatlicher – Medien (Art. 14). Die Vereine sind verpflichtet, offene Angebote für die Ausbildung von Medienproduzenten zu machen (Art. 31) und sie werden verpflichtet, dass „alle Bürger der Gemeinde, in welcher der Dienst ausgestrahlt wird, und die dies wünschen, ihre Meinungen zu jedweder Angelegenheit im Programm unterbringen dürfen.“ (Art. 34.6)

Schließlich wurde im Dezember 2004 das Gesetz über soziale Verantwortung in Radio und Fernsehen (*Ley Resorte*) von der Nationalversammlung verabschiedet.

Die wesentlichsten Neuerungen waren verbindliche Regelungen für gewalttätige und sexistische Sendeinhalte sowie für Werbung. Ebenfalls beschränkt wurde die Ausstrahlung von Telenovelas und von regierungsamtlichen Informationen in privaten Medien, den *Cadenas Nacionales*. Weitere Regelungen des *Ley Resorte* betreffen medienökonomische Aspekte und die Partizipation der Mediennutzer. Im Sinne der endogenen Wirtschaftsentwicklung müssen 40 Prozent der Beiträge in Venezuela produziert werden. Außerdem regelt das Gesetz finanzielle Unterstützung für Nationale Unabhängige Medienproduzenten (PNI). Diese erhalten günstige Kredite und Unterstützung bei der Gründung von Kooperativen im Bereich der Medienproduktion.

Ähnliche Elemente führten in der Folge auch Argentinien, Bolivien, Ecuador und Uruguay in ihre Mediengesetze ein, wobei hier die Anteile von privaten Anbietern, staatlichen Rundfunkanstalten und kommunitären Medien am Frequenzspektrum ausdrücklich festgelegt wurden. In Argentinien verabschiedete das Parlament im Jahr 2009 nach langen innenpolitischen Auseinandersetzungen ein neues Mediengesetz. Im Wesentlichen schreibt es vier Neuerungen vor. Zum einen wird die Bedeutung nationaler Produktionen und Programme deutlich gestärkt, was insgesamt zu einer Vielfalt im Angebot beitragen soll. Auch hier werden Vorgaben für die Entmonopolisierung des privaten Sektors vorgenommen. So legt das Gesetz etwa die pro Unternehmen zulässigen Sendelizenzen fest. Drittens werden Inhalte stärker reguliert, etwa durch Vorschriften hinsichtlich der Jugendschutzbestimmungen. Schließlich wird die Aufsicht des Mediensektors erstmals

einer parlamentarischer Kontrolle unterzogen. „Die dem Gesetz zugrundeliegende Idee ist die Neubestimmung von Medien als ein menschliches Grundrecht, das niemandem verwehrt bleiben soll.“ (ausführlich Schulten 2012:143)

Bolivien ordnete im Jahr 2011 die Vergabe der Rundfunkfrequenzen neu. Ab 2017 sollen jeweils 33 Prozent des Spektrums an den Staat, dazu gehören auch Lokalregierungen und Universitäten, und den kommerziellen Sektor gehen sowie jeweils 17 Prozent an kommunale Organisationen und die indigenen Völker. „Diese Verteilung orientiert sich an der Auffassung, dass das Frequenzspektrum als natürliche Ressource zu betrachten sei, und am Modell der gemischten Ökonomie in der Verfassung.“ (Hetzer 2012:114)

Im Jahr 2013 verabschiedete Ecuador ein neues Mediengesetz, das zudem ausdrücklich medienökonomische Aspekte reguliert. Bereits der erste Absatz legt ein „Verbot von Monopolen, Oligopolen und der Konzentration von Medien“ fest. (ausführlich Willkomm 2012:132) Zudem wird eine zivilgesellschaftliche Institution zur Medienaufsicht gegründet, der Regulierungsrat für Medien. Wie auch in Bolivien und Venezuela gehören den entsprechenden Institutionen Vertreter von Regierung und Exekutive an. Zudem sind Bildungseinrichtungen, Vertreter direkt-demokratischer Institutionen der Bürgerbeteiligung und andere Gruppen der Zivilgesellschaft beteiligt.

Als jüngstes Beispiel kann Uruguay für die zweite Transformation im Mediensektor herangezogen werden. Im Dezember 2014 verabschiedete das Land ein Mediengesetz, das in weiten Zügen den bereits besprochenen Regelungen anderer Linksregierungen ähnelt. Für Uruguay werden sehr hohe einheimische Produktionsquoten festgelegt: Mindestens 60 Prozent des öffentlichen Fernsehprogramms sollen im Inland produziert werden. Mindestens 30 Prozent der landesweiten Programme sollen von unabhängigen Produzenten hergestellt werden, wobei kein einzelner Produzent mehr als 40 Prozent des Gesamtprogramms stellen darf. (Wienke 2014)

Ein vollständiges Scheitern an transformatorischen Ansprüchen muss für das größte Land des Kontinents, Brasilien, konstatiert werden. Obwohl es die gravierendste Ausprägung von Monopolen aufweist und sich die Regierungen von Luiz Inácio da Silva und Dilma Rousseff regelmäßig über parteiische Kampagnen durch die Medienbesitzer beklagen – zuletzt auf dem 5. Parteitag der regierenden Partido dos Trabalhadores (PT) im Juni 2015 –, gelang es der Regierung bisher nicht, ein neues Mediengesetz auf den Weg zu bringen. Stattdessen legten 300 zivilgesellschaftliche Organisationen einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor, der darauf abzielt, die Rundfunkfrequenzen zu gleichen Teilen zwischen staatlichen, kommerziellen und öffentlichen Medien aufzuteilen. (Dias 2015)

Stärkung staatlicher und öffentlicher Medien

Dem veränderten normativ-rechtlichen Rahmen folgten in den genannten Ländern teilweise bemerkenswerte Veränderungen in der Medienlandschaft. Zum einen lassen sich die strukturellen Auswirkungen der Medienreformen allerdings schwer evaluieren, weil viele Projekte weiterhin ohne offizielle Lizenz arbeiten, bzw. die zuständigen Regulierungsbehörden nur sehr lückenhafte Zahlen veröffentlichen. Zum anderen lassen sich Effekte erst über einen längeren Zeitraum feststellen, so dass sich etwa zu Uruguay, das das jüngste Mediengesetz hat, nur wenige Aussagen treffen lassen. In dem Land organisieren sich in der Organisation der alternativen Radios im Jahr 2015 insgesamt 20 Projekte, darunter mit Arbol TV eine Fernsehstation. In Venezuela, wo der Prozess der Transformation inzwischen seit 15 Jahren abläuft, liegen weit mehr Ergebnisse vor.

Die venezolanische Regierung unterstützte die Gründung mehrerer neuer Fernsehsender. Im November 2003 der Kulturkanal ViveTve auf Sendung, im Jahr 2005 folgte der lateinamerikanische Nachrichtenkanal *Telesur*, und schließlich im Jahr 2007 der Unterhaltungskanal Tves. Das venezolanische Parlament überträgt seit 2006 ANTV und die Stadtverwaltung von Caracas weihte im Juli 2006 mit *Ávila TV* einen Kanal für urbane Jugendkulturen ein. Gegenüber dem traditionellen, reinen Staatssender VTV sind in ihren Konzepten eine teilweise journalistische Selbstverwaltung (ViveTv), bzw. Unabhängigkeit durch die Verwaltung durch einen Beirat (Telesur) oder ein Stiftungsmodell (Tves) angelegt.

Die deutlichste Zunahme von Medienprojekten lässt sich im Bereich der alternativen Radioprojekte verzeichnen. Sie existierten vor dem Jahr 1998 nur als illegale Sender und waren teilweise drastischen Verfolgungen durch die Behörden ausgesetzt. Im Jahr 2008 verfügten landesweit bereits 234 alternative Radioprojekte über eine Lizenz. (Conatel 2009) Nach Angaben der Regulierungsbehörde hat jedoch gleichzeitig die Zahl der an private Unternehmen vergebenen Frequenzen deutlich zugenommen: Im Jahr 1997 waren 329 Frequenzen im FM-Bereich an private Betreiber vergeben. Anfang 2015 lag ihre Zahl bei 516 Konzessionen. Ähnlich gestaltet sich die Situation bei den Fernsehfrequenzen. Aktuell sind 54 Prozent der notwendigen Frequenzen an Privatunternehmen vergeben. Nur 8 Prozent werden von staatlichen oder öffentlichen Kanälen genutzt und 38 Prozent von alternativen TV-Stationen. Vor dem Amtsantritt der Regierung Hugo Chávez, im Jahr 1998, sendeten landesweit 36 private Fernsehanstalten, heute sind es 63 private TV-Sender und 44 alternative Fernsehstationen. (AVN 5.6.15)

Das öffentliche Medienprojekt mit der höchsten Reichweite für Lateinamerika ist sicherlich der transnationale Nachrichtenkanal Telesur. Nach seiner Gründung im Jahr 2005 durch Venezuela, Argentinien, Kuba und Bolivien schlossen sich dem Projekt auch Uruguay und Nicaragua an. Die offiziellen Eigentümer sind die lateinamerikanischen Staatenbünde Unasur und Celac. Auch in diesem Fall verblieb Brasilien in einer abwartenden Haltung. Der Sender kann inzwischen in ganz Lateinamerika terrestrisch oder über Satellit empfangen werden. In einer ausführlichen Inhaltsanalyse von drei 24/7-News Channels – CNN Español, NTN24 und Telesur – kommen Claudia und Oliver Boyd-Barret zu einem deutlichen Ergebnis: „Telesur is the counter-hegemon, cutting news of hegemonic preoccupations down to size. It provides more breadth and depth on Latin America than its rivals.“ (Boyd-Barret 2010:214)

In Argentinien verläuft die Umsetzung des neuen Mediengesetzes relativ schleppend. Insbesondere der Clarín-Konzern, der am stärksten von den neuen Monopol- und Kartellregelungen betroffen wäre, nutzt alle juristischen Möglichkeiten, einer Aufspaltung in sechs vollständig autonome Einzelunternehmen zu entgehen. Insgesamt soll Clarín etwa 150 bis 200 Radio- und Fernsehlicenzen abgeben. Auch die spanische Prisa-Gruppe, der das argentinische Radionetzwerk Continental gehört, müsste eine Unternehmensteilung vornehmen. (Lorenz 2014)

Hingegen scheint die Unterstützung der Regulierungsbehörde Autoridad Federal de Servicios de Comunicación Audiovisual (AFSCA) für kommunale Medien anzulaufen. Im März 2015 wurde ein konkreter Finanzierungsplan aufgestellt. In diesem Zusammenhang gab die Behörde bekannt, dass aus den 16 Provinzen insgesamt 340 Anträge auf Betrieb eines Rundfunkmediums vorliegen, was in etwa der Anzahl von aktiven Projekten entsprechen dürfte. (AFSCA 25.3.15) Seit dem Jahr 2013 vergibt die Behörde über eine besondere Stelle technische Ausrüstungen und Ausbildungsprogramme.

In Ecuador verläuft die Vergabe neuer Frequenzen an alternative, indigene und kommu-

nitäre Medien hingegen eher zögerlich. Obwohl das Land historisch über eine lebendige Radioszene verfügt, vergab die zuständige Regulierungsbehörde Cornatel im Jahr 2014 nur neun Frequenzen an kommunitäre Medien, während 42 an private Betreiber gingen. Die aktuelle Liste von „Medien von landesweiter Bedeutung“ benennt 61 Einzelmedien aus den Sektoren Print, Radio und Fernsehen, von denen der absolut überwiegende Teil kommerziell, ein Teil staatlich und zahlreiche als religiöse Organisationsmedien einzuschätzen ist. (Cordicom 2014) Damit bestätigt sich die Befürchtung von Hanno Bruchmann hinsichtlich der Perspektiven alternativer Medien (2012): „Das Recht auf 33 Prozent auszufüllen würde sicherlich noch einige Zeit dauern.“ Allerdings stärkte die Regierung Rafael Correa ab 2007 die staatlichen Medien. Eine staatliche Radiostation, Radio Pública del Ecuador, ein staatlichen Fernsehsender, Ecuador TV, und eine Nachrichtenagentur (ANDES) wurden gegründet. Bis einschließlich 2007 hatten in Ecuador keine staatlichen Medien mehr existiert. Mit El Ciudadano gibt die Regierung zudem eine 14-tägig erscheinende Zeitung heraus, die über einen eigenen mehrsprachigen Internetauftritt verfügt.

Diesen Weg, im klassischen Sinn staatliche Medien zu gründen bzw. auszubauen, ging zunächst auch die bolivianische Regierung. Landesweit sind der Fernsehsender Bolivia TV, gegründet 2008, und der Hörfunkkanal Red Patria Nueva. Im folgenden Jahr gründete die Regierung die Nachrichtenagentur Agencia Boliviana de Información (ABI) und die Tageszeitung Cambio, beide mit eigenen Internet-Präsenzen. Seit dem Jahr 2009 wurden zusätzlich lokale Infrastrukturen für indigene und kommunitäre Radios ausgebaut, was auch daran liegt, dass Bolivien über eine lange und starke Tradition alternativer Radios verfügt. Allein die Organisation der Bildungsradios Red Erbol zählt 170 Radiostationen. Weitere Radios sind in der Asociación de Radios Comunitarias de Bolivia (Aprac) zusammen geschlossen. Im Jahr 2012 waren dort 60 Radioprojekte registriert, von denen allerdings nur ein Drittel mit einer Genehmigung sendete. Nach Angaben der Regulierungsbehörde ATT waren im Januar 2013 im FM-Bereich nur 32 Frequenzen an kommunitäre Projekte vergeben, das bedeutet, dass offiziell immer noch 88 Prozent des Frequenzspektrums von kommerziellen Anbietern genutzt wurden. (Gomez 2013) Pressemitteilungen zufolge scheinen sich das Zulassungsverfahren und die Gründung von alternativen Radioprojekten allerdings zu beschleunigen. Alleine im Januar 2015 wurden 7 Konzessionen für alternative Radio- und 2 Genehmigungen für neue TV-Sender erteilt. (El País, 7.2.15)

Öffentlichkeit und Inklusion

Allen linken und linksliberalen Regierungen – mit Ausnahme Brasiliens – ist gemeinsam, dass sie einerseits die Aufwertung und Ausweitung zentraler staatlicher Medienangebote sowie die Entwicklung dezentraler Systeme unabhängiger kommunitärer Medien verfolgen. Damit geben sie dem weltweit einheitlichen neoliberalen Trend zu rückläufigen öffentlichen Anteilen an den Mediensystemen gewissermaßen eine soziale Schubumkehr. Dieser Ausbau öffentlicher bzw. staatlicher Sender verlief durch Vergabe zusätzlicher Frequenzen weitgehend ohne Einschränkung des privatwirtschaftlichen Mediensektors. Im Gegenteil prägte die weltweit zu beobachtende Ausweitung der medialen Ökonomie auch diese Länder. Während sich für die Neuerungen im öffentlichen Mediensystem auch vergleichbare Ansätze in europäischen Mediensystemen finden, stellt die Bewegung der kommunitären und alternativen Medien ein Novum gegenüber den bekannten Formen der Medienpolitik dar. Ihr Ausgangspunkt ist die Anerkennung eines Grundrechtes auf Kommunikation. Die Akteure des alternativen Mediensektors sind im Wesentlichen

diejenigen Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit von der Teilhabe an der Öffentlichkeit ausgeschlossen waren. Diese Repräsentationslücke wird zunächst auf lokaler Ebene geschlossen, indem die Betroffenen selbstorganisiert eigene Rundfunkmedien etablierten. Die Orientierung, eigene unabhängige, lokale Medien aufzubauen, knüpft unmittelbar an die Geschichte von Protest und Widerstand der sozialen Bewegungen in der lateinamerikanischen Geschichte an.

Die Analyse der lateinamerikanischen Mediensysteme muss diesen drei Elementen – dominierende transnationale Medienstrukturen, Ausweitung öffentlicher bzw. staatlicher Medien und breite Bewegung kommunitärer Medien – gerecht werden.

Formal betrachtet weisen sie Übereinstimmungen mit europäischen Public-Service-Modellen auf. (vgl. Hallin/Mancini 2004). Die Länder verfügen über demokratische Regierungssysteme und Zensurverbote. Die Orientierung der Medienpolitik ist divergierend, sie zielt weder ausschließlich auf ein kommerzielles noch auf ein Public-Service-Modell. Es handelt sich um eine Mischung aus privatem und öffentlichem Medienbesitz, die Medien werden sowohl durch den Staat und als auch privatwirtschaftliche Aktivitäten finanziert. Die Unterschiede zu den europäischen Modellen liegen einerseits in einer stark polarisierten politischen Kultur sowie in einem ausgeprägten politischen Parallelismus. Insgesamt lassen sie sich zwar als polarisiert-pluralistische Mediensysteme beschreiben, allerdings bestehen nach wie vor gravierende Unterschiede zu den südeuropäischen Modellen.

Eine dringende Herausforderung für die Akteure besteht meines Erachtens darin, die dominante Kultur des politischen Parallelismus innerhalb der drei Medienbereiche kritisch zu reflektieren. Die journalistische Arbeit und die produzierten Inhalte in allen drei Sektoren – kommerzielle Medien, staatliche und öffentlich-rechtliche sowie alternative Medien – sind stark von bestimmten politischen Tendenzen bestimmt. Diese weltanschauliche Ausprägung lässt sich aus einer Logik von „Gegenöffentlichkeit“ zwar nachvollziehen, solange die eigenen Inhalte etwa als ergänzende und ausgleichende Funktion zu denen der dominierenden kommerziellen Anbietern verstanden werden. Ein eigenes journalistisches Profil mit dem Anspruch auf vollständige und wahrhaftige Information kann dadurch langfristig behindert werden.

Literatur

- AFSCA (2015) AFSCA lanza nuevo financiamiento para medios comunitarios. 25.3.2015.
- Barbero, Martín Jesus (1993) *Communication, Culture and Hegemony. From the Media to Media-tions*. London.
- AVN (2015) Medios audiovisuales privados predominan en el espectro radiofónico y televisivo nacional, 5.6.2015.
- Boyd-Barret, Claudia/Boyd-Barret, Oliver (2010) 24/7 Television News in a Historical Context. In: Stephen Cushion and Justin Lewis (Hg.): *The Rise of 24-Hour News Television: Global Perspectives*. New York and Oxford, 199–220.
- Boeckh, Andreas et al. (2005) *Krisenregionen in Lateinamerika, Weingartener Lateinamerika-Gespräche 2005, Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Giga-Institut, Hamburg.*
- Bolívar, Teolinda (1996) Rehabilitación y reconocimiento de los barrios urbanos. Su necesidad y riesgos. In: Bolívar, Teolinda/Baldó, Josefina (Hg.): *La cuestión de los barrios*. Caracas, 73–81.
- Bruchmann, Hanno (2012) *Medienpolitik in Ecuadors Revolución Ciudadana. Reformen zwischen Interessen von Oligarchie, Regierung und kommunitären Medien*. In: *Lateinamerikagruppe Marburg (Hg.): Medien und Demokratie in Lateinamerika*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 95. Berlin, 119–138.

- Canclini, Néstor García (1999) *La globalización imaginada*. Barcelona.
- Cañizalez, Andrés/Lugo-Ocando, Jairo (2008): *The media in Venezuela*. In: Lugo-Ocando, Jairo (Hg.): *The Media in Latin America*. London, 193.
- Coalición por una Radiodifusión Democrática (2004) *21 Puntos básicos por el derecho a la comunicación*, PDF, Telam.
- Constitución de la República Bolivariana de Venezuela (1999), Caracas.
- Constitución Política del Estado Plurinacional (2009), La Paz.
- Cordicom (2014) *Calificación de medios de comunicación social de carácter nacional*, <http://www.cordicom.gob.ec>.
- Daniljuk, Malte (2012a) *Außenpolitische Berichterstattung und Alternativen*, Amerika21.de.
- Daniljuk, Malte (2012b) *Mediensystem im Transformationsprozess. Medien und Medienpolitik im Venezuela des 21. Jahrhunderts* In: *Lateinamerikagruppe Marburg* (Hg.): *Medien und Demokratie in Lateinamerika*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 95. Berlin, 74–118.
- Delgado-Flores, Carlos (2007) *Dos intentos para una Radio Televisión de Servicio Público en Venezuela*. In: *Comunicación* Nr. 139, Centro Gumilla, Caracas, 12.
- Dias, Mabel (2015) *Luta pela democratização da comunicação ganha força na Paraíba*. In: *Carta Capital*, 6.6.2015.
- Dorfman, Ariel/Mattelart, Armand (1972/2001) *Para leer al Pato Donald*. 36. Aufl., Buenos Aires.
- Graziano, Margarita/Mastrini, Guillermo/Albernoz, Luis/Postolski, Glenn/Hernán, Pablo (2001) *Rundfunk in Argentinien*. In: *Internationales Handbuch Medien*, Bredow-Institut, Hamburg, 655–663.
- Grebe, Ronald (2005) *Das Mediensystem Boliviens*. In: *Internationales Handbuch Medien*, Bredow-Institut, Hamburg, 791–804.
- Gutiérrez, Sonia (2005) *Medien in Mittelamerika: Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama*. In: *Internationales Handbuch Medien*, Bredow-Institut, Hamburg, 982–992.
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004) *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. New York u.a.O.
- Hallin, Daniel C./Papathanassopoulos, Stylianos (2002) *Political clientelism and the media: Southern Europe and Latin America in comparative perspective*. In: *Media, Culture & Society*, 24, 175–195.
- Hallin, Daniel C. (2000) *Media, Political Power and Democratization in Mexico*. In: Curran, James et al.: *De-Westernizing Media Studies*. London.
- Hepp, Andreas (2004) *Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung*. Wiesbaden.
- Hesmondhalgh, David (2007) *The Cultural Industries*. London.
- Lorenz, Elisa (2014) *Argentinien: Clarín muss Marktanteile reduzieren*, Amerika21.de.
- Massmann, Annette (2008) *Lateinamerika* In: Thomaß, Barbara (Hg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*. Konstanz, 259–278.
- Prutsch, Ursula/Rodrigues-Moura, Enrique (2013) *Brasilien: Eine Kulturgeschichte*. Bielefeld.
- Schulten, Johannes (2012) *Drei Schritte vor und ein halber zurück. Die Medienpolitik der Regierung Fernández de Kirchner*. In: *Lateinamerikagruppe Marburg* (Hg.): *Medien und Demokratie in Lateinamerika*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 95. Berlin, 138–154.
- Sosa, Gabriel/Rodruíguez, Perla Olivia (2007) *La radio en Mexico*. In: Pérez, Arturo Merayo (Hg.): *La radio en Iberoamérica: evolución, diagnóstico, prospectiva*, Colección periodística 21. Sevilla, 245–288.
- Waisbord, Silvio (2013) *Media policies and the blindspots of media globalization: insights from Latin America* In: *Media, Culture & Society*, 35(1), 133–138.
- Werz, Nikolaus (1995): *Transition and Transformation. Zum sozio-politischen Wandel in Lateinamerika und Osteuropa*. In: *Via Regia. Blätter für internationale kulturelle Kommunikation*, Heft 21/22.
- Wienke, Gunda (2014) *Uruguay beschließt Gesetz zur Regulierung der Medien*, Amerika21.de, 25.12.2014.